

Der Krieg ist militärisch nicht zu gewinnen

Die Afghanistan-Strategie der neuen US-Administration

Mirco Günther

Im Wahlkampf wollte Donald Trump die US-Truppen aus Afghanistan abziehen. Inzwischen hat der US-Präsident eine Kehrtwendung vorgenommen. Was ist von dieser Afghanistan-Strategie zu halten?

Es ist zunächst gut, dass die USA ihr Interesse an und ihre Verflechtung mit Afghanistan bekräftigen. Ursprünglich waren ganz andere Szenarien vorstellbar gewesen. Nicht zu vergessen: Mit seiner Rede zu Afghanistan behandelte Donald Trump im August ein innenpolitisch denkbar schwieriges Thema. Immerhin ist Afghanistan inzwischen der längste Kriegseinsatz in der US-Geschichte. Schnelle Antworten und einfache Konzepte gibt es nicht. Gleichwohl fällt Trumps Antwort auf die Herausforderungen in Afghanistan nicht nur stark einseitig aus. Sie ist auch falsch. Die Konzentration auf lediglich militärische Mittel – „wir betreiben keinen Staatsaufbau, wir töten Terroristen“ – kann nach all den Erfahrungen mit militärischer Konfliktbearbeitung kein Erfolgsrezept sein. Denn die militärische Entscheidungsgewalt bedeutet weniger Kontrolle und Aufsicht aus dem Weißen Haus und unter anderem mehr Luftschläge – und damit absehbar auch mehr zivile Opfer.

Außerdem ist es wenig hilfreich, wenn der US-Präsident Indien zu einem stärkeren Engagement ermutigt und gleichzeitig Pakistan deutlich kritisiert, egal wie man die Rolle Pakistans in Afghanistan bewertet. Die regionale Dynamik und die kompli-

zierten Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten sind schon schwierig genug. Insgesamt ist es problematisch, unter den gegebenen Umständen überhaupt in Begriffen wie „Erfolg“ oder „Misserfolg“ zu denken. Von den vielen in Afghanistan engagierten NATO-Ländern hat bislang nur Norwegen eine kritische Evaluierung des dortigen Engagements vorgenommen.

Die alleinige Militärstrategie lässt den Konflikt weiter eskalieren. Natürlich müssen Terrorgruppen in Afghanistan auch militärisch und mit polizeilichen Mitteln bekämpft werden. Die Sicherheitslage hat sich in vielen Provinzen gerade im Norden deutlich verschlechtert, die Hauptstadt Ka-

bul wird von zahlreichen Anschlägen erschüttert. Gebiete, die vermeintlich als sicher galten, sind es aktuell nicht mehr. Die Erfahrung in Afghanistan lehrt jedoch, dass Terror mit einiger Aussicht auf Erfolg durch starke staatliche Institutionen, eine handlungsfähige Regierung, nicht-korrumpierte Sicherheitsorgane und unabhängige Gerichte zu bekämpfen wäre. Verbesserungen in den Bereichen Bildung, Alphabetisierung, medizinische Versorgung, Gesundheit oder Armutsbekämpfung sind erkennbar, wenngleich fragil. Afghanistan verfügt, zumindest in den großen Städten, über eine aktive Zivilgesellschaft und Medienlandschaft. Trumps Plan fehlen jedoch solche politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ansätze.



Amerikanische Soldaten ziehen die Blicke einheimischer Händler auf sich, wenn sie in militärischer Sicherheitsmontur durch die Basare Afghanistans patrouillieren.

Bild: U.S. Government Works



Oben: Eric Holcomb, Addison Taylor und ihr Übersetzer diskutieren mit einem Händler im Qalat City Basar über Landmaschinen, die sie in landwirtschaftlichen Fortbildungen für lokale Kleinbauern einsetzen wollen. Die beiden amerikanischen Soldaten gehören zur Spezialeinheit „Arkansas Agriculture Development Team“.

Unten: Seit 2002, als es nur ca. 50 km gut ausgebaute Landstraßen in Afghanistan gab, wurden über 2000 km neu asphaltiert, darunter auch diese, die Shebirghan Road in der Provinz Jawzjan.

Bilder: U.S. Government Works



Die Konfliktbearbeitung in Afghanistan und der Aufbau einer zivilen und demokratisch organisierten Gesellschaft wird so oder so ein schmerzhafter Prozess sein, begleitet von Rückschritten. Ein Beispiel: Im letzten Jahr unterzeichnete die afghanische Regierung ein Friedensabkommen mit dem ehemaligen Kriegsfürsten Gulbuddin Hekmatyar, der im Volksmund bekannt ist als „Schlichter von Kabul“. Dass Hekmatyar zurückkehren durfte, obwohl er Kabul in den 1990er Jahren unter Raketenbeschuss genommen hatte und vom UN-Sicherheitsrat im Februar 2017 noch eigens von der Sanktionsliste genommen werden musste, war für viele Afghan(inn)en eine schwierige Erfahrung. Möglicherweise müssen sie sich auf weitere, bittere Kompromisse einstellen, indem etwa selbst mit Kriegsverbrechern Verhandlungen zu führen sind. Ein Friedensabkommen bedeutet leider nicht unmittelbar Gerechtigkeit und Aussöhnung. Wie sollte es auch anders sein nach fast 40 Jahren Krieg?

Zum Autor



Mirco Günther ist Leiter des Länderbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan und koordiniert das regionale Friedens- und Sicherheitsprojekt der Stiftung.

In Afghanistan selbst fielen die Reaktionen, wenig überraschend, gemischt aus. Präsident Ghani und *Chief Executive* Abdullah haben Donald Trumps Ankündigungen begrüßt. Auch der ehemalige Geheimdienstchef und frühere Staatsminister für Sicherheitsreformen, Amrullah Saleh, begrüßte die Einlassungen des US-Präsidenten. Andere, wie der frühere Präsident Hamid Karzai, haben die Pläne hingegen stark kritisiert. Allgemein scheint unter der Bevölkerung

die Erleichterung zu überwiegen, dass es nicht zum Truppenabzug und damit einer Leerstelle im Sicherheitsgefüge kommt. Gleichzeitig zeigen sich zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsaktivisten besorgt, dass sie bei der befürchteten Eskalation noch weiter unter die Räder kommen oder dass angesichts der militärstrategisch bedingten Geheimniskrämerei das Einfordern von Regierungsverantwortung deutlich schwieriger werden.